

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Eine Sicherheitsstrategie für die Zeit nach der Wende**

**eingebracht im Zuge der Debatte in der 200. Sitzung des Nationalrats über
die Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Beate Meini-Reisinger, MES,
Kolleginnen und Kollegen betreffend Ein Jahr russischer Angriffskrieg in der
Ukraine – Wie sichern Sie Österreichs Freiheit und Sicherheit von Putins
Russland, Herr Bundeskanzler?**

Die *Österreichische Sicherheitsstrategie: Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten* wurde 2011 erarbeitet und 2013 beschlossen. Die Strategie basiert auf der Welt vor der ersten Zeitenwende, die Europa verschlafen hat: dem völkerrechtswidrigen Anschluss der Krim durch die Russische Föderation. Doch zumindest seit dem 24. Februar 2022 ist die Dekade endgültig vorbei, die Zeitenwende offiziell. Auch die österreichische Bundesregierung spricht regelmäßig davon, dass die Welt nicht mehr ist, wie sie vor dem russischen Angriff war.

Die Welt hat sich nachhaltig verändert, die Grundannahmen der ÖSS existieren nicht mehr. Russland ist kein verlässlicher Partner mehr, Konflikte in der Peripherie der EU haben immer deutlichere Auswirkungen innerhalb der Union, Chinas friedlicher Aufstieg wird immer aggressiver, und was als wirtschaftliche Verknüpfungen gelobt wurde gilt heute als hochgefährliche Abhängigkeit.

Von Brüssel bis Washington ist das Verständnis durchgedrungen, dass es eine völlig neue Sicherheitsarchitektur für Europa braucht. Österreich hat ein Rekordbudget für das Bundesheer geschnürt, um die Versäumnisse aus vergangenen Jahren auszugleichen und aufzuholen. Allein, es fehlt eine klare Vision, wofür dieses Geld am sinnvollsten ausgegeben werden soll.

Welche Armee brauchen wir im nächsten Jahrzehnt, in der Dekade nach der Zeitenwende? Das Ministerium spricht von Nachrüsten, dem Aufholen dessen, was in den Jahren von Sparbudgets ausgedünnt wurde. Aber macht es Sinn, Waffensysteme nachzurüsten, die für eine andere Ära beschafft wurden? Welche Systeme helfen uns am besten in der Ära nach der Zeitenwende? Beteiligen wir uns an einer europäischen Verteidigung? Die Bedürfnisse dafür sind ohne Zweifel nicht die gleichen wie für eine eigenständige Verteidigung. Und macht eine eigenständige Verteidigung in einer Zeit, in der wir von Freunden umgeben sind, den gleichen Sinn wie zur Zeit des Kalten Krieges?

Ohne Antworten auf diese Fragen sind zusätzliche Mittel verschwendet, ein weiterer Versuch der Regierung, das Fehlen eines Plans mit viel Geld zu überdecken.

Das Verteidigungsministerium wird nicht müde zu betonen, dass Österreichs Sicherheit nur mehr in der gemeinsamen europäischen Verteidigung gesichert werden kann. Die Ministerin fügt dann aber hinzu, dass eine Vielzahl der Projekte und Strategien in dieser europäischen Verteidigung mit der Neutralität nicht vereinbar sein. Dazu erklärte die Schweizer (!) Botschafterin im Rahmen der Vorstellung des Risikobilds 2023, dass die Debatte über die Ausgestaltung der Neutralität in Zeiten wie diesen notwendig und gesund sei.

Die Debatte existiert in Österreich. Sicherheitsexpert:innen aller politischen Couleurs stellen fest, dass Österreich seine Sicherheit neu denken muss, ein breites Bündnis

von Persönlichkeiten aus Politik, Kunst, Militär und Wirtschaft verlangen einen ergebnisoffene Debatte. Bundeskanzler Karl Nehammer jedoch erklärte die Debatte für beendet – noch ehe sie beginnen konnte.

Um sich in der neuen Dekade schützen zu können und die zusätzlichen Finanzmittel sinnvoll zu verwenden, braucht Österreich nicht umfrageabhängige Parteidoktrin oder nationale Sinnstiftung, sondern eine neue Sicherheitsstrategie. Nur aus einer solchen kann das BMLV eine vernünftige, unserer nationalen Sicherheit dienliche Beschaffungsstrategie für die nächste Dekade ableiten und die Mittel aus dem Verteidigungsbudget wirksam einsetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, und insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung, wird aufgefordert, dem Nationalrat binnen sechs Monaten eine neue Österreichische Sicherheitsstrategie vorzulegen."

